



die grafschaft
Landkreis Grafschaft Bentheim



Vereinbarung

zur Erreichung der Ziele der

Grundsicherung für Arbeitsuchende

im Jahr 2024

Zur Erreichung der Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende
schließt das
Niedersächsische Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (MS)
mit dem
Landkreis Graftschaft Bentheim
hinsichtlich der Leistungserbringung durch die zugelassenen kommunalen Träger
gemäß § 48b Abs. 1 S. 1 Nr. 4 des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch (SGB II)
für das Jahr 2024 folgende

Vereinbarung

I. Grundsätze

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende zielt darauf ab, Leistungsberechtigten ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und dazu beizutragen, dass Bedarfsgemeinschaften ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln bestreiten können. Zu den Zielen, die daraus abgeleitet werden, zählen die Verringerung der Hilfebedürftigkeit, die Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit, die Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug sowie die Verbesserung der sozialen Teilhabe. Die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt ist als Querschnittsaufgabe gemäß § 1 Abs. 2 Satz 3 SGB II durchgängig zu berücksichtigen.

Die Erreichung der Ziele hat über die kurzfristigen, positiven Auswirkungen hinaus langfristige Bedeutung für Individuen, Staat und Gesellschaft. Sie setzt voraus, dass die Problemlagen der Mitglieder der Bedarfsgemeinschaften individuell und ganzheitlich betrachtet und gelöst werden.

Hier setzt auch das Bürgergeld an. Die Eingliederung in Arbeit bleibt das prioritäre Ziel des Bürgergeldes. Mit der Abschaffung des Vermittlungsvorrangs sowie der Verbesserung der Anreize und Möglichkeiten für Weiterbildung wird die Bedeutung der Dauerhaftigkeit der Eingliederung in Arbeit gestärkt.

Ein besonderes Augenmerk soll weiterhin daraufgelegt werden, dass Nachteile, die der Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt entgegenstehen, überwunden werden. Hierzu werden Frauen gezielt mit passenden Angeboten unterstützt und dabei wird insbesondere darauf geachtet, dass auch Mütter von kleinen Kindern kontinuierlich betreut werden.

Schließlich müssen die Geflüchteten u.a. aus der Ukraine eng im Hinblick auf Spracherwerb und eine schnelle qualifikationsadäquate Einmündung in den Arbeitsmarkt unterstützt werden.

II. Rahmenbedingungen

Für Niedersachsen geht das IAB von unterschiedlichen Trends auf dem Arbeitsmarkt aus. Dabei erwartet das IAB ein leichtes Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten von 0,2 %, während für die Arbeitslosigkeit insgesamt ein Anstieg um 3,1 % errechnet wurde. Der Anstieg wird jedoch mit einem Plus von 4,7 % deutlich stärker das SGB II als das SGB III betreffen.

Insgesamt hängen die Dynamik und Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahr 2024 entscheidend von der weiteren geopolitischen Entwicklung ab. Die gesamtwirtschaftliche Lage hemmt vor allem die Binnennachfrage, schürt Unsicherheiten und erschwert dringend erforderliche strategische Investitionen zur Bewältigung bzw. Umsetzung des strukturellen Wandels und zur Erhöhung der Resilienz der Wirtschaft.

Im weiteren Verlauf des Jahres sind in den Gesprächen zur Zielerreichung zwischen dem Land Niedersachsen und dem Landkreis Graftschaft Bentheim die für den Arbeitsmarkt bestehenden konjunkturellen und strukturellen Besonderheiten bei der Bewertung der Zielerreichung zu berücksichtigen.

Als finanzielle Rahmenbedingungen stehen dem Landkreis Graftschaft Bentheim für die Eingliederung und Betreuung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten laut Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2024 (Kabinettsbeschluss vom 05.07.2023 – einschließlich der Mittel aus Ausgaberesten in Höhe von 600 Mio. Euro) sowie der Eingliederungsmittel-Verordnung vor-aussichtlich ein Gesamtbudget rd. 10,9 Mio. Euro für das Jahr 2024 zur Verfügung:

- Verwaltungskosten 6.451.419 Euro
- Leistungen zur Eingliederung in Arbeit 4.468.534 Euro.

Aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds und der Notwendigkeit, den gestellten Anforderungen nachzukommen, dauern die parlamentarischen Beratungen zum Haushalt 2024 an. Sobald das Verfahren zum Bundeshaushalt 2024 abgeschlossen ist, wird das BMAS bzw. das Land Niedersachsen die Träger der Grundversicherung umgehend über die endgültige finanzielle Ausstattung der Jobcenter informieren.

III. Vereinbarungen

§ 1 Verpflichtung der Vereinbarungspartner

Der Landkreis Graftschaft Bentheim und das Land Niedersachsen setzen sich dafür ein, dass die in § 2 vereinbarten Ziele erreicht werden. Die Maßnahmen des Landkreises zur Zielerreichung erfolgen wirkungsorientiert und wirtschaftlich. Das Land Niedersachsen unterstützt die Zielerreichung des Landkreises durch fachliche Beratung.

§ 2 Ziele, Zielindikatoren und Ergänzungsgrößen

(1) Der Landkreis Graftschaft Bentheim und das Land Niedersachsen vereinbaren sich zu folgenden Zielen:

1. Verringerung der Hilfebedürftigkeit

Ziel ist es, dass erwerbsfähige Leistungsberechtigte ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung nach dem SGB II aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten, damit die Hilfebedürftigkeit insgesamt verringert wird. Für die Nachhaltigkeit dieses Ziels wird im Vergleich zum Vorjahr die Entwicklung der Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt im Rahmen eines Monitorings beobachtet.

Weiterhin soll im Monitoring die Qualität der Integrationen betrachtet werden. Hierzu wird der Anteil an bedarfsdeckenden Integrationen und die Zahl der Langzeitleistungsbeziehenden, die seit vier Jahren oder länger als erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Hilfebezug sind, beobachtet.

2. Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit

Ziel ist es, die Hilfebedürftigkeit zu vermeiden oder zu überwinden. Dies soll vor allem durch Integrationen in Erwerbstätigkeit erfolgen. Zielindikator für dieses Ziel ist die Integrationsquote.

Das Ziel ist im Jahr 2024 erreicht, wenn die Integrationsquote des Landkreises Graftschaft Bentheim um höchstens 2,1 % im Vergleich zum Jahr 2023 sinkt.

3. Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug

Ziel ist die Vermeidung und Verringerung von Langzeitleistungsbezug. Der Prävention und der Beendigung des Langzeitleistungsbezugs sollen deshalb weiterhin erhöhte Aufmerksamkeit zukommen. Die Erreichung dieses Ziels setzt langfristige Eingliederungsstrategien und darauf konzentrierte Ressourcen voraus.

Das Ziel ist im Jahr 2024 erreicht, wenn der durchschnittliche Bestand an Langzeitleistungsbeziehenden des Landkreises Graftschaft Bentheim um nicht mehr als 36,4 % im Vergleich zum Jahr 2023 steigt.

4. Umsetzung der Bürgergeldreform (individualisierte Zielvereinbarung)

Ziel ist, die Umsetzung der Bürgergeldreform weiter positiv zu begleiten und die bisher gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen zu nutzen, um die eigenen (Beratungs- und Integrations-)Prozesse weiter zu entwickeln.

Auf Basis der vorliegenden Erkenntnisse und Erfahrungen sowie der regionalen Handlungsbedarfe verständigen sich die Zielvereinbarungspartner für den Landkreis Graftschaft Bentheim auf die folgenden Umsetzungsschritte:

- Einführung der aufsuchenden Beratung:
 - Enge Begleitung und ausführliche Analyse des ersten Projekts zur aufsuchenden Arbeit (Durchlauf Oktober 2023 bis Dezember 2023)
 - Prüfung einer möglichen Ausweitung des ersten Durchgangs für den Zeitraum Februar 2024 bis Mai 2024
 - Ausschreibung von zwei Losen einer Maßnahme zur aufsuchenden Arbeit, Durchführung 2. HJ 2024 unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus den ersten Durchgängen
 - -Umsetzung kleinerer Projekte im Fallmanagement, in denen Ansätze zur Beratung vor Ort (an Schulen, in Sozialämtern,...) genutzt werden
 - Nutzung der Ergebnisse und Erkenntnisse aus allen durchgeführten Maßnahmen und Projekten um ab dem Jahr 2025 langfristige und optimierte Angebote zu schaffen
 - Letztendlich Erhöhung der Beratungsqualität und (Wieder-)Herstellung einer Basis für erfolgreiche Zusammenarbeit insbesondere auch mit denjenigen Leistungsbeziehern, die sich dem Kontakt bisher eher entzogen haben

- Implementierung verschiedener Informationsformate:
 - Gezielte Telefonansprache an schwangere Frauen und § 10 Kund*innen, um auf die unterschiedlichen Informations- und Beratungsangebote aufmerksam zu machen. (In Zusammenarbeit mit dem Basisteam)
 - Niedrigschwelliges und auf den Sozialraum bezogenes „Walk and Talk“ Angebot für Frauen (z.B. Spielplatz)
 - Ein regelmäßiges stattfindendes „Chancen Café“ für Frauen um Themen z.B. Kinderbetreuung, Weiterbildung, etc. zu vertiefen und den Austausch zum Thema, berufliche Integration, zu fördern.
 - Kooperationsveranstaltung „Zukunftsplaner:in“, berufliche Perspektive für Frauen in der Region, in Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft, der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises und der Stadt Nordhorn, und der BCA SGB III der Agentur für Arbeit.

Ziel ist es, im Jobcenter nachhaltig ein Konzept zur aufsuchenden Arbeit zu implementieren. Das Jobcenter sieht aufgrund der Entwicklung der Kundenstruktur den Bedarf, aufsuchend tätig zu werden und somit Leistungsberechtigte, die nicht proaktiv an einer Verbesserung ihrer Situation arbeiten (können), nicht aus dem Blick zu verlieren. Ferner plant die BCA durch unterschiedliche Informationsformate schwangere Frauen, Erziehende und Migrantinnen zu den Themen berufliche Perspektive und Vereinbarkeit von Beruf & Familie erreichen.

5. Gleichstellung von Frauen und Männern im SGB II

Das Prinzip der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist auch in der Zielsteuerung - entsprechend der Vorgabe in § 1 Absatz 2 Satz 3 SGB II - zu verfolgen. Der Landkreis Graftschaft Bentheim wird der Gleichstellung von Frauen und Männer auch im Jahr 2024 eine besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen, um die Hilfebedürftigkeit von Frauen zu verringern, die Integration von Frauen in Erwerbstätigkeit in den ersten Arbeitsmarkt zu verbessern sowie den Anteil der Frauen in Maßnahmen zu erhöhen.

(2) Hinsichtlich der Zielindikatoren und der jeweils zu berücksichtigenden Ergänzungsgrößen findet die Verordnung zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch vom 12.08.2010 (BGBl. I S. 1152), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 15. März 2019 (BGBl. I S. 339) geändert worden ist, Anwendung.

§ 3 Zielnachhaltung und Zieldialoge im Land Niedersachsen

(1) Der Landkreis Graftschaft Bentheim und das Land Niedersachsen führen in vertrauensvoller Zusammenarbeit unterjährig in regelmäßigen Abständen – mindestens jedoch zweimal jährlich – Zieldialoge zur Entwicklung der Kennzahlen und Ergänzungsgrößen nach § 48a SGB II sowie zum Stand der Zielerreichung. Insbesondere bei Zielabweichungen und auf Wunsch des Landkreises Graftschaft Bentheim können unterjährig weitere Gespräche geführt werden.

(2) Grundlage für die Zieldialoge und die Beurteilung der Zielerreichung 2024 bilden die Jahresfortschrittswerte ohne Wartezeit. Für die (unterjährige) Beurteilung der in § 2 Nr. 1 bis 3 vereinbarten Zielwerte (Zielerreichung) werden jeweils die Jahresfortschrittswerte mit den gleichen Ladeständen verglichen. Das MS stellt dem Landkreis Graftschaft Bentheim regelmäßig aufbereitete Daten zur Bewertung der Zielerreichung zur Verfügung. Die Umsetzung der vereinbarten individualisierten Ziele nach § 2 Nr. 3 und 4 werden im Rahmen der Zieldialoge thematisiert und ggf. durch gesonderte Auswertung begleitet/unterstützt.

(3) Die Gesamtergebnisse der Zielsteuerung 2024 werden auf Grundlage von Jahresendwerten 2024 ohne Wartezeit im Rahmen des Dialogs im Frühjahr 2025 bewertet.

(4) Die Auswirkungen von gesetzlichen Neuregelungen – insbesondere die Effekte der Bürgergeldreform - werden bei der Zielnachhaltung berücksichtigt.

(5) Abweichungen von den unter den finanziellen Rahmenbedingungen genannten Haushaltsmitteln, den gesamtwirtschaftlichen Eckwerten sowie konjunkturelle und strukturelle Besonderheiten werden bei der Beurteilung der Zielerreichung ebenso berücksichtigt.

(6) In die Vorbereitung der regelmäßigen und ggf. notwendigen anlassbezogenen Zieldialoge wird der Ausschuss für Zielvereinbarungen nach § 2b des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuchs und des § 6b des Bundeskindergeldgesetzes (Nds. AG SGB II) einbezogen, welcher ebenfalls die maßgeblichen Grundlagen und Empfehlungen dafür erarbeitet.

Hannover, den
In Vertretung

2024

Nordhorn, den

16.02

2024



(Dr. Christine Arbogast)
Niedersächsisches Ministerium für
Soziales, Arbeit, Gesundheit und
Gleichstellung



(Uwe Fietzek)
Landkreis Graftschaft Bentheim